

Bürger-Protest in Gera:

Friedliche Sitzblockade gegen NPD-Konzert

Gesellschaft steht in der Verantwortung

Gegen Schröders Extremismusansatz

■ Von Gerlinde Sommer

Berlin/Erfurt. Für ein Bundesprogramm gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit machen sich die Thüringer Landtagsvizepräsidentin der Grünen, Astrid Rothe-Beinlich, sowie die Bundestagsabgeordnete Monika Lazar und Sven-Christian Kindler stark. In ihrem Positionspapier wenden sie sich gegen die Extremismustheorie und greifen damit in die derzeitige Debatte um Linksextremismus und der Neuordnung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus ein.

Im Mittelpunkt eines „Bundesprogramms gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ solle die Unterstützung von Projekten gegen Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Sexismus und die Abwertung von obdachlosen und beeinträchtigten Menschen stehen, machen die drei Grünen deutlich. Gerade auf diesen Gebieten seien verstärkte Anstrengungen nötig. Gleichzeitig müsse sichergestellt werden, dass Projekte und Initiativen, die sich direkt mit der Bekämpfung der rechtsextremen Szene auseinandersetzen, wie zum Beispiel Opferberatungen und AussteigerInnen-Programme, „weiterhin eine verlässliche Finanzierung erhalten“. Das neue Bundesprogramm müsse die gewonnenen Erfahrungen verstetigen und den Initiativen eine verlässliche

Dauerförderung garantieren. Zudem müssen zivilgesellschaftliche Initiativen über die bisherigen Möglichkeiten hinausgehende Antragsstellungsrechte gewährt werden. „Nur so kann gewährleistet werden, dass der Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus auch in solchen Gemeinden erfolgreich geführt werden kann, wo sich die Verantwortungstragenden sich nicht mit dem Thema auseinandersetzen wollen oder ein entsprechendes Engagement sogar aktiv ablehnen“, machen Rothe-Beinlich und ihre Mitautoren deutlich.

Wichtig ist ihnen, dass sich dieses Programm „gegen die Diskriminierung von Menschen richtet, die nicht einer vermeintlichen gesellschaftlichen Norm entsprechen“. Eine nachhaltige und durchgreifende Präventionsstrategie gegen Alltagsdiskriminierung wie auch gegen gewaltförmige Übergriffe komme „sehr gut ohne den Extremismusansatz aus“, sind sie sicher. Für die praktische Arbeit sei dieser Extremismusansatz „sogar kontraproduktiv, da er existierende Problemlagen verschleiert und tendenziell neo-nazistische Gewalt verharmlost“, betonen Rothe-Beinlich, Lazar und Kindler.

Durch einen Programmfokus auf gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit könne

der Tendenz entgegen gewirkt werden, Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Sexismus und Sozialdarwinismus als Randphänomene zu definieren und damit die so genannte Mitte der Gesellschaft aus der Verantwortung für bestehende Missstände zu entlassen, sagen sie. Gleichzeitig mache dieser Fokus deutlich, dass die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als zentrales, aber nicht ausschließliches Element rechtsextremer Ideologie jenes Abgrenzungsmerkmal zu einem „vermeintlichen Linksextremismus“ bildet, welches eine Gleichsetzung „extremer Ränder“ ad absurdum führt und somit verbietet, betonen die Grünen.

Hintergrund ihres Vorstoßes ist die derzeitige Debatte um den „Linksextremismus“. Anfang dieses Jahres verkündete Familienministerin Kristina Schröder (CDU), dass ihr Ministerium zusätzlich zu den Programmen gegen Rechtsextremismus nun auch Programme gegen Linksextremismus und Islamismus fördern wolle. Schon im laufenden Jahr sollen etwa zwei Millionen Euro in diese Projekte fließen. 2011 solle dann die Förderung aller Bundesprogramme neu strukturiert werden, so Schröders Vorhaben. Nach neuesten Informationen, so Rothe-Beinlich, plane das Ministerium sogar eine Zusammenlegung der bisherigen beiden Programme – „Vielfalt tut gut“ – es hat eine Umfang von 19 Millionen Euro – und „kompetent für Demokratie“ – mit fünf Millionen Euro – in einem Haushaltstitel. Ebenfalls in diesem „Sammelprogramm“, das gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus mit anderen Aufgaben mischt, wie Rothe-Beinlich kritisiert, sollen weitere fünf Millionen Euro gegen Linksextremismus und Islamismus enthalten sein.

■ Offenbar fehlt es an Projekten im Land

Von den zwei Millionen Euro, die Ministerin Schröder Anfang des Jahres „mit viel Tamtam aus dem Hut gezaubert hat“, seien 2010 aber wohl nur 400 000 Euro „aus Mangel an brauchbaren Projekten“ überhaupt gefragt.

Zu sagen, wo rechte Umtriebe bekämpft werden, müssen in gleicher Weise auch gegen vermutet linksextreme Aktivitäten vorgegangen werden, hält Astrid Rothe-Beinlich nicht nur in Thüringen für fatal. Die Konsequenzen dieser Gleichsetzungslogik von Rechts- und Linksextremismus bekommen nach ihrer Erkenntnis „Initiativen und Bündnisse vor Ort zu spüren, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus oder andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit organisieren“, sagt sie.

Nicht selten würden sie schon deswegen als vermeintlich linksextrem eingeordnet – „und damit automatisch als Verfassungsfeinde gebrandmarkt“, warnt sie. Der Vorstoß von Ministerin Schröder, nun alle Projekte, die künftig Geld aus den Programmen gegen Rechtsextremismus bekommen sollen, durch den Verfassungsschutz kontrollieren zu lassen, bediene „genau diese Klischees und diskriminiert zugleich zivilgesellschaftliches Engagement“, sagt sie. Zwar sei dieser Vorschlag mittlerweile wieder vom Tisch, „es bleibt jedoch der Eindruck, dass die derzeitige Bundesregierung zivilgesellschaftliche Akteure in diesem Bereich als Störenfriede sieht“, so die Grünen. „Indem man Initiativen, die sich gegen Neonazis und ihre menschenverachtende Ideologie engagieren, unter Generalverdacht stellt, diffamiert man ihre Arbeit“, warnt sie.